

ausgedünnt, im liberalen Wohlfahrtsstaat nimmt die Bedarfsorientierung durch Bedürftigkeitsprüfung zu und in der mediterranen Wohlfahrtsstaatswelt hat sich der Dualismus aus hochprotektionierten Nutznießern sozialstaatlicher Einrichtungen und kaum versorgten prekär Beschäftigten verfestigt.

Zu den im Ergebnis in vielen Staaten gesunkenen Ausgaben für den Sozialschutz relativ zum BIP kommen besonders in der Wettbewerbssituation innerhalb der europäischen Währungsunion komparative Vorteile für niedrige Steuersätze und Lohnkosten. Da tendenziell wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften zurückgebaut wurden, ist in vielen europäischen Ländern die soziale Ungleichheit gewachsen. Dies zeigt sich etwa in der Einkommensverteilung in der EU: Während die Aufholprozesse einiger Staaten zu einer Verringerung der Ungleichheit zwischen den Staaten beigetragen haben, ist die Ungleichheit innerhalb der meisten Staaten in den letzten 15 Jahren größer geworden. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich drückt sich auch in einer in vielen Ländern gestiege-

nen Armutsgefährdungsquote aus. Hat die primär ökonomisch determinierte Konstruktion der EU bereits in der Vergangenheit dazu beigetragen, ein neues, liberales Staatsverständnis in die europäischen Hauptstädte zu diffundieren, wird dieser Weg durch die in der Krise dominierende Austeritätspolitik beschleunigt.

Wenn auch strukturell die Existenz unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsfamilien zumindest als Idealtypen in Europa erkennbar bleibt, haben der Abbau staatlicher Umverteilungselemente sowie eine zunehmende Rekommodifizierung, also die Wieder-Ausweitung der Marktlogik in der sozialen Sicherung, zu einer neuen Art von Wahlverwandtschaft der europäischen Staaten geführt. Das von außen sichtbare gemeinsame Band spezifisch europäischer Errungenschaften zum Erhalt und zur Steigerung des sozialen Zusammenhalts wird dabei ersetzt durch ein von Risiko-Individualismus und neuen Klassegegensätzen bestimmtes Leitbild. Dies sollte nicht die letzte Wendung zur Konstituierung eines europäischen Gesellschaftsmodells bleiben! ■

Alan Posener

Driften Politik und Gesellschaft auseinander?

Die Klage über eine wachsende Politikverdrossenheit ist nicht neu, vor dem Hintergrund weltweiter Protestbewegungen hat sie aber eine neue Brisanz gewonnen. Vor allem in Deutschland sei das grundlegende Problem allerdings nicht eine Entfremdung von Politik und Gesellschaft, sondern vielmehr die Entfernung des Bildungsbürgertums von den übrigen Menschen, meint unser Autor.

Alan Posener

(* 1949) ist Korrespondent für Politik und Gesellschaft bei der Welt-Gruppe. Letzte Buchveröffentlichungen: *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss* (2007) und *Benedikts Kreuzzug: Der Kampf des Vatikans gegen die moderne Gesellschaft* (2009).

alan.posener@wams.de



Jeremy Posener

Mit einer gewissen Sehnsucht schauten die Europäer im vergangenen Jahr in die arabische Welt. In den Menschen, die dort ihr Leben für die Freiheit riskieren, erblickten sie ihr früheres Selbst, das idealistische Europa der Revolutionen von 1789 und 1989. Bald war der Funke der Arabellion auch in andere Regionen wie

Europa übergesprungen: Im Westen und Osten, von Madrid bis Tel Aviv, entstanden Protestbewegungen, deren Hauptkennzeichen die weitgehende Ideologiefreiheit war. »Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts.« Eduard Bernstein lebt. Freilich zuerst nicht in Deutschland, das erst auf den Geschmack der Rebellion kam, als in Amerika die ebenfalls vom arabischen Frühling inspirierte »Occupy!«-Bewegung entstand, dann allerdings alles Mögliche und Unmögliche besetzen wollte. Davor hatte sich der Wutbürger in einen Bahnhof hier, eine Rollbahn dort verbissen und begnügt sich bis heute mit flammenden Manifesten gegen die Zumutungen des Marktes in diversen Zeitungen, vor allem in der *FAZ*, dem Zentralorgan des Besitz-Stands. Es ist kein Zufall, dass Frankreich bei der Unterstützung der libyschen Revolutionäre voranging, während sich Deutschland bedenkentragend abseits hielt. Deutschland bleibt sich treu im Misstrauen gegen die Revolution, die Freiheit, die Moderne und den Kapitalismus.

Wenn also gefragt wird, ob sich die Politik von der Gesellschaft zu sehr entfernt habe, ob die Politikverdrossenheit der Bürger zugenommen habe, und was man dagegen tun könne, lautet die kurze Antwort: Könnte man das Land in die 70er Jahre zurückbeamten, wären die Deutschen zufriedener. Die Oassis vielleicht noch mehr als die Wessis, denn das war die Fernseh-Bundesrepublik, in die sie drängten. Da gab's Vollbeschäftigung, da wussten die Gastarbeiter, wo ihr Platz war, und wenn nicht, wurden sie, wie beim Ford-Streik 1973, von ihren Betriebsräten verprügelt, da herrschte Ordnung.

Deutschland – eine Insel der Seligen?

Der Deutschen Lieblingspolitiker ist ja heute Helmut Schmidt, der Bestseller des letzten Jahres stellte fest, die Ausländer

seien unser Unglück, und das »Leitmedium« *Bild* stellt im Verein mit der Kanzlerin fest, am fleißigen, sparsamen deutschen Wesen habe die Eurozone gefälligst zu genesen. Das klingt wie der Praeceptor Mundi Schmidt in seinen besten Tagen.

Die lange Antwort allerdings ist eben... nun ja, länger. Erstens muss man feststellen, dass die Politikverdrossenheit in Deutschland erheblich weniger stark ausgeprägt ist als anderswo. In den USA etwa ist der Anteil der Bürger, die eine positive Meinung vom Kongress haben, auf 11 % gesunken, ein historisches Tief. Die anti-autoritäre Tea-Party-Bewegung hat es geschafft, die althehrwürdige Partei Abraham Lincolns zu unterwandern und lahmzulegen. Überall in Europa haben rassistische Populisten wie Marine Le Pen, Geert Wilders, Christoph Blocher, die FPÖ, die Wahren Finnen, die Fremskrittpartiet, die Fidesz- und Jobbik-Leute und wie all diese Widerlinge heißen, erheblichen Einfluss gewonnen. Deutschland bleibt im Vergleich dazu eine Insel der Seligen. Oder der staatsbürgerlichen Verantwortung. Die FDP ließ sich nicht auf einen antieuropäischen Kurs einschwören, was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass »Europa Deutsch spricht«, wie Volker Kauder krächte. Selbst die Piraten sind im Grunde ganz brave Mittelschicht-Nerds, deren Herz zudem links schlägt. Überhaupt ist, zweitens, der deutsche Wutbürger vor allem Bürger, Bourgeois, Besitzstandswahrer, auch wenn er sich die Toga des Citoyen umwirft. Geradezu exemplarisch war der Aufstand der Elbchaussee und der Möchtegern-Elbchaussee-Leute, der die schwarz-grüne Hamburger Schulreform zur Strecke brachte. Beim Gymnasium hört für den Bildungs- und Besitzbürger der Spaß ebenso auf wie der Reformeifer. Auch der Widerstand gegen »Stuttgart 21« war ein Aufstand der Halbhöhenlage gegen die stadtplanerische Vernunft, den Rest der Stadt und, wie man bei der Volksabstimmung gesehen hat, des Landes. Und das große

mediale Gekreische gegen die angebliche Diktatur der Märkte stammt, drittens, von einem gutsituierten, oft verbeamteten Bildungsbürgertum, das, um einen dummen Spruch Oscar Wildes vom Kopf auf die Füße zu stellen, von allem den Wert zu wissen meint, von nichts aber den Preis kennt. Wenn man solche Enragés auf ihren Cocktailpartys fragt, wo denn ihrer Meinung nach die Rendite auf ihrer kapitalbildenden Zusatzlebensversicherung realisiert werde und ob sie zugunsten Griechenlands vielleicht auf ein paar Prozent verzichten würden, schauen sie einen an, als hätte man gerade einen Furz gelassen. »Die da oben« sind ohnehin immer die anderen.

Wo sind die Fürsprecher der unteren zwei Drittel?

Um auf die 70er Jahre zurückzukommen: Ich persönlich habe daran keine nostalgischen Erinnerungen. Auch deshalb, weil ich sie größtenteils in einer K-Gruppe verbrachte beim Versuch, in Dortmund »dem Volke zu dienen«. Doch scheint mir der Umstand, dass ich mit 23, 24 trotz großbürgerlicher Herkunft und Studienplatz in Berlin frühmorgens vor Hoesch oder Opel Flugblätter verteilte und abends in der Kneipe eine »Marxistische Arbeiterschulung« leitete, nicht nur etwas auszusagen über meine eigene jugendliche Dummheit, sondern auch über die geistige Situation der Zeit. Damals wandten sich ja nicht nur Linksradikale den zwei Dritteln der Gesellschaft zu, die der Bürger sonst nur wahrnimmt, wenn er auf den Rummel geht oder sich verfährt und im falschen Viertel landet. Heute schreiben die Kinder dieser Generation von Engagierten Bücher über die Wonnen der Kleinstadt oder den Schrecken einer Jugend unter der Fuchtel einer Mutter, die einem nicht erlaubte, Coca-Cola zu trinken. Und obwohl ich zugeben muss, dass der linke Zeitgeist jener Jahre tatsächlich etwas Totalitäres und Lust-

feindliches hatte, ist der neobourgeoise Zeitgeist der Gegenwart noch schlimmer.

Wenn es also etwas gibt, das einem Sorgen machen kann, dann ist es nicht die Entfernung der Politik von der Gesellschaft, sondern die Entfernung des Bildungsbürgertums von der Masse der Menschen. War diese Schicht vor einem halben Jahrhundert revolutionär gestimmt, so ist ihre Grundhaltung heute biedermeierisch. Die Occupy-Leute behaupten: »Wir sind die 99 Prozent!« Sie sind aber allenfalls das obere Drittel. Dass die unteren zwei Drittel keine Fürsprecher und Vordenker haben (»Querdenker« sind das Letzte, was der Fortschritt braucht, sind aber bezeichnenderweise die Helden des neuen Biedermeiertums), ist die eigentliche Gefahr für die Demokratie. Dass die Gewerkschaften, diese ersten und wichtigsten aller Bürgerinitiativen, etwa in den Diskussionen um Europa, Bildung, Integration, Energiewende, Zukunft der Sozial- und der Finanzsysteme einfach keine Rolle spielen, ist ein bedenkliches Zeichen intellektueller Auspowerung. Man behaupte nicht, es gebe eine lebhaftige Diskussion innerhalb der Gewerkschaften, sie würde aber medial nicht wahrgenommen. Ich bin seit 40 Jahren Gewerkschaftsmitglied, aber die einzige Post, die ich von Ver.di bekomme, ist die regelmäßige Aufforderung, einer preisgünstigen Gruppen-Sterbeversicherung beizutreten. Mache ich nicht. Dass die SPD, die einst eine Parallelgesellschaft von Volkshochschulen, Genossenschaften, Siedlungen und Kreditanstalten aufbaute, um zu zeigen, dass eine andere Art zu leben und zu wirtschaften möglich ist, um das Niveau der Massen zu heben und ihre Würde zu fördern, nun einzig als parlamentarische Kraft fungiert, in der smarte junge Juristen Karriere machen können, die genau so gut bei der CDU oder den Grünen arbeiten könnten, bedeutet die Kapitulation vor jener Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die zu bekämpfen man vorgibt. Wir bewundern das Bauhaus, die Siedlungen der

20er Jahre in Berlin, Wien und anderswo, die mutigen Schulversuche, das experimentelle Theater, den ganzen kulturellen Aufbruch der Endzeit der Weimarer Republik. Aber das war nur denkbar auf Grundlage einer Bewegung, die den Fortschritt organisieren wollte. Heute hat man das Gefühl, die Wörter Fortschritt und Organisation seien gerade auf der Linken pfui-bäh-bäh. Wenn die Politik nicht Zuversicht verbreiten kann, sondern nur Angst, muss sie sich nicht wundern, dass sie auch Verdrossenheit hervorruft. Wenn sie nicht zeigt, wie Zukunft machbar ist, wird sie selbst keine Zukunft haben.

Die Antwort auf Politikverdrossenheit lautet darum nicht mehr Volksabstimmungen oder irgendein anderer Quick Fix. Die Volksabstimmung untergräbt das Vertrauen in die repräsentative Demokratie, in der – theoretisch zumindest – die Abgeordneten nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne der Allgemeinheit entscheiden; ja, sie wird eigentlich nur nötig, wo dieses Vertrauen aus welchen Gründen auch immer fehlt. Überdies werden Volks-

abstimmungen meistens von denjenigen gewonnen, die das Ohr der Medien haben, also von den Besitzstandswahrern. So kann das Mittel der Volksabstimmung auf Dauer die Politikverdrossenheit sogar befördern. Der Bürger, der mit den Entscheidungen der Regierung nicht einverstanden ist, kann sie abwählen. Ein Bürger, der mit seiner eigenen Entscheidung nicht einverstanden ist, muss mit ihr leben. Die Antwort auf Politikverdrossenheit heißt in erster Linie Organisation. Nicht die Organisation von Demos und Besetzungen, auch nicht von Ortsvereinen und Infoständen (nichts ist geeigneter einem die Fremdschamesröte ins Gesicht zu treiben als der Blick auf das hilflose Agieren von Parteipolitikern in den Fußgängerzonen), sondern von Lebenswelten. (Übrigens hat niemand in Deutschland das besser begriffen als die NPD. Aber das nur nebenbei.) Wo sind die von Parteien initiierten neuen Wohnprojekte gegen das Elend der Vereinsamung in Zweizimmerwohnungen und Verelendung im Altersheim? Wo sind die neuen Schulen gegen das Elend liebloser Schulbauten, die

von ergrauten und zynischen Lehrern bevölkert sind? Wo sind die Genossenschaftsbanken, die auch hierzulande Mikrokredite vergeben? Wo sind die Bildungsvereine, die dafür sorgen, dass die Bürger wissen, worum es bei Europa geht? Mir scheint, die Organisierung des sozialen Lebens haben die Parteien an die Kirchen abgetreten, und an private Vereine, die aus dem Elend ein Geschäft machen. Alle Politik, heißt es, ist Lokalpolitik. Wenn dem so ist, so lebe ich

in einer politikfreien Zone. Noch nie hat sich bei mir zuhause ein Politiker vorgestellt um zu fragen, was ich für Vorstellungen von Politik habe, oder um mich für seine Vorstellungen, für ein Projekt, für eine Initiative zu begeistern. Alle paar Jahre die Gesichter an der Laterne, von bezahlten Firmen aufgehängt, und dann sind sie wieder weg. Eine solche Politik freilich verdient eigentlich sehr viel mehr Verdrossenheit, als sie tatsächlich erntet.

Thomas Meyer

Eine Art fragmentierte Klassengesellschaft

Kein Zweifel, ein gewisses Maß funktionaler Ungleichheit der Einkommen ist legitim und sozialökonomisch sinnvoll. Kein Zweifel aber auch, dass ein Übermaß an Ungleichheit, dem jede Legitimation fehlt, Gesellschaften zerreißt und Volkswirtschaften schwächt. Diesem Zustand nähert sich Deutschland bedenklich an. Eine unverblünte Bestandsaufnahme ist an der Zeit.

Thomas Meyer



(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

Es ist nicht lange her, da glaubten sogar Sozialdemokraten, den Begriff der »Unterschicht« für die immer rascher zunehmende Zahl der Dauerarbeitslosen, prekär Beschäftigten, Niedriglöhner und anderen sozial Abgedrängten meiden zu müssen. Sie fürchteten, sie könnten wegen ihrer periodischen Regierungsbeteiligung in Mithaftung dafür genommen werden, dass sich nach all den Jahren der Reformpolitik keineswegs so etwas wie das Ende der sozialen Klassenteilung ergeben hatte. Stattdessen vollzog sich – außerhalb der medialen und damit auch der politischen Aufmerksamkeit – die scharfe Umkehrung

des bisherigen jahrzehntelangen Entwicklungstrends der Verringerung von Armut und Ungleichheit. Armut, krasse Ungleichheit und gesellschaftliche Exklusion kehren seit kurzem in unsere Gesellschaft zurück, aus der sie dank Sozialstaat und ökonomischer Regulation verbannt schienen. Das war im linearen Fortschrittsverständnis nicht nur nicht vorgesehen, es bedrohte vielmehr dessen Legitimation an seiner empfindlichsten Stelle – ebendort, wo die Sozialdemokratie historisch einst ihre stärkste moralische Schubkraft gewonnen hatte.

Sagen, was ist

Die neue Entwicklung der Ungleichheit ist derart rasant, dass auch eine neue Bilanz der sozialen Verhältnisse fällig geworden ist. Es ist an der Zeit, den Blick abermals so nüchtern wie in der sozialdemokratischen Ursprungszeit auf die wirklichen gesell-